

Energie-Control Austria für die Regulierung der Elektrizitäts-
und Energiewirtschaft (E-Control)

Amt der Wiener Landesregierung
Magistratsabteilung 64
Lerchenfelder Straße 4
A-1082 Wien
Tel.: (+43 1) 40 00-Dw
Fax: (+43 1) 40 00-99-89910
E-Mail: post@ma64.wien.gv.at
www.wien.at/ma64/

MA 64 – 935513/2017

Wien, am 13.11.2017

Energie-Control Austria;

1. Verordnung der Regulierungskommission
der E-Control, mit der die Entgelte für die
Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-
Verordnung 2018 – SNE-V 2018);

2. Verordnung der Regulierungskommission der E-Control,
mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013
geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung
2013 – Novelle 2018, GSNE-VO 2013 – Novelle 2018);

Entwurf;

Begutachtungsverfahren;

Stellungnahme

Termin: 17.11.2017

Vorher zur Einsicht:

Herrn amtsführenden
Stadtrat für Wohnen,
Wohnbau und Stadt-
erneuerung:

14. NOV. 2017

2. O. NOV. 2017

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu Ersuchen um Übermittlung eine Stellungnahme zu den oa. Entwürfen ist aus
Sicht des Landes Wien Folgendes auszuführen:

**1. Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte
für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte - Verord-
nung 2018 - SNE-V 2018):**

Allgemeine Bemerkungen:

Einleitend ist festzuhalten, dass im Rahmen der Begutachtung den Ländern keinerlei
Informationen über das vorgelagerte Kostenbestimmungsverfahren zur Verfügung
gestellt werden. Insofern kann die Höhe der neuen Tarife keiner Überprüfung unter-

zogen werden. Dies ist zwar bedauerlich, entspricht jedoch (leider) der geltenden Gesetzeslage.

Positiv anzumerken ist, dass die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 neu erlassen wird. Die Erläuterungen zur Verordnung sind – mit einer Ausnahme – informativ und somit als gelungen zu bezeichnen, weil der Verordnungstext für Außenstehende, die sich mit der Thematik beschäftigt verständlich und nachvollziehbar ist.

Das Land Wien begrüßt überdies, dass die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 in § 11 ein Entgelt für die Berechnung des Verbrauchsanteils eines teilnehmenden Berechtigten an einer gemeinschaftlichen Erzeugungsanlage gemäß § 16a EIWOG 2010 vorsieht. Dies entspricht dem Verursacherprinzip und ist sachgerecht.

Im Vergleich zum Kalenderjahr 2017 wird es 2018 zu einer Erhöhung der Netznutzungsentgelte kommen. Die Erhöhung ist auf einen deutlichen Anstieg der erwarteten Kosten zur Vermeidung von Engpässen gemäß § 23 Abs. 2 Z 5 EIWOG 2010 zurückzuführen.

Da diese Kosten im Bereich des Regelzonenführers nicht gleichmäßig auf allen Netzebenen anfallen, kommt es zu einer deutlich stärkeren prozentuellen Belastung der „höheren Netzebenen“, wobei die Auswirkungen in den einzelnen Netzgebieten aufgrund von § 3 unterschiedlich ausfallen.

Die Erläuterungen stellen überdies klar, dass die gestiegenen Tarife nicht auf eine Erhöhung der Kosten der Verteilernetzbetreiber zurückzuführen sind. Deren Kosten entwickelten sich nämlich grundsätzlich stabil. Die Erhöhung ist zwar bedauerlich, die Gründe dafür werden jedoch in Erläuterungen dargelegt.

Die Erhöhung der Netznutzungsentgelte im Allgemeinen sowie die unterschiedliche prozentuelle Erhöhung in den einzelnen Netzebenen sind nachvollziehbar und entsprechen auch den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen im EIWOG 2010. Gemäß § 59 Abs. 1 EIWOG 2010 haben die den Entgelten zugrunde liegenden Kosten dem Grundsatz der Kostenwahrheit zu entsprechen und sind differenziert nach Netzebenen zu ermitteln. Dem Grunde und der Höhe nach angemessene Kosten sind zu berücksichtigen. Der Netzsicherheit und der Versorgungssicherheit ist dabei

Rechnung zu tragen. Die Kostenerhöhung ist sachlich gerechtfertigt, weil sie aus Gründen der Netzsicherheit bzw. Versorgungssicherheit unbedingt getätigt werden muss.

Dass diese Kosten aus Gründen der Netzsicherheit bzw. Versorgungssicherheit unbedingt getätigt werden müssen, ist unbestritten. Die Kostenerhöhung je Netzebene ist nach Ansicht Wiens zwar nicht bis ins letzte Detail nachvollziehbar dargelegt, weil die genaue Kostenwälzung nicht veröffentlicht wurde. Sie dürfte aber sachlich gerechtfertigt sein.

Das Land Wien ist sich bewusst, dass das System der Kostenwälzung für die laufende Periode nicht mehr geändert werden kann. Wir regen jedoch an, dass im Rahmen der Tarifstruktur NEU (ab 1.1.2019) auf solche eklatanten Steigerungen besser reagiert werden kann bzw. eine Methode von der E-Control entwickelt wird, die sicherstellt, dass die Kosten (für die Aufrechterhaltung der Netzsicherheit bzw. Versorgungssicherheit) der APG zwar verursachungsgerecht, aber doch gleichmäßiger an alle unterliegenden Verteilernetzbetreiber weitergegeben werden.

Positiv anzumerken ist, dass das Netzverlustentgelt in Wien sowie das Systemdienstleistungsentgelt (§9) im „Österreichischen Bereich“ für das Kalenderjahr 2018 sinken werden. Davon profitieren nicht nur die Endverbraucher, sondern auch die Kraftwerke (Erzeuger). Mittelbar profitieren davon auch die Fernwärmekunden.

Anmerkungen im Detail:

In § 3 bleibt die Bruttokomponente für die Kostenwälzung mit 55 Prozent unverändert. Nach dem Verständnis des Landes Wien müsste die Bruttokomponente zumindest für den Bereich Österreich gesenkt werden, insbesondere weil in den letzten Jahren sich die Erzeugungskapazitäten (Stichwort: Ausbau vor allem der Windkraft), die an die Verteilernetze angeschlossen sind, erhöht haben. Eine Zunahme von Erzeugungskapazitäten, die direkt an die Verteilernetze und damit an höhere Netzebenen angeschlossen sind, müsste auch für die Festlegung des Verhältnisses Brutto-/Nettomethode für die Kostenwälzung berücksichtigt werden.

§ 5 Abs. 1 Z 8 bestimmt ein Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke für alle Netzbereiche. Sowohl der Leistungspreis als auch der Arbeitspreis werden im Verhältnis zu den normalen Netznutzungsentgelten mit einem niedrigeren Tarif bestimmt (beides zusammen in weiterer Folge auch Netznutzungsentgelt-Privileg für Pumpspeicherkraftwerke genannt).

Die Festlegung eines privilegierten Netznutzungsentgeltes durch die Regulierungskommission der E-Control ist nach Ansicht des Landes Wien gesetzwidrig. Gemäß § 51 Abs. 3 EIWOG 2010 hat die Regulierungskommission der E-Control jedenfalls Systemnutzungsentgelte für Entnehmer und Einspeiser von elektrischer Energie durch Verordnung zu bestimmen, die auf den Netzbereich sowie die Netzebene zu beziehen sind, an der die Anlage angeschlossen ist. Vorgaben hinsichtlich der Netzebenenanzuordnung sämtlicher Anlagen, der Verrechnungsmodalitäten sowie besondere Vorschriften für temporäre Anschlüsse sind in dieser Verordnung festzulegen.

Das EIWOG 2010 enthält somit keine gesetzliche Ermächtigung, dass die Regulierungskommission der E-Control ein Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke für alle Netzbereiche festlegt.

Ebenso wenig kann der Tarif auf § 111 Abs. 3 EIWOG 2010 gestützt werden. Im Gegenteil: Nach dieser Bestimmung haben ausschließlich Pumpspeicherkraftwerke und Anlagen zur Umwandlung von Strom in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas, die erstmals nach Inkrafttreten des EIWOG 2010 bis Ende 2020 in Betrieb genommen werden, keine für den Bezug elektrischer Energie bis Ende 2020 verordneten Netznutzungsentgelte und Netzverlustentgelte zu entrichten.

Die Verordnung bestimmt überdies für Pumpspeicherkraftwerke ein Netznutzungsentgelt, welches im Verhältnis zu den jeweiligen „allgemeinen Netznutzungsentgelten“ für die einzelnen Netzebenen niedriger ist. Auch dies ist aus den dargelegten Erwägungen gesetzwidrig.

Die Regulierungskommission der E-Control kann sich in diesem Zusammenhang auch nicht auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 12. März 2013, V 63/12-8, berufen. Dieses Erkenntnis beruht auf einem Verordnungsprüfungsantrag eines Gerichtes, welches im Interesse eines Betreibers eines Pumpspeicherkraftwer-

kes eingebracht wurde. Es ging dabei im Wesentlichen um die Frage, ob es dem Gesetz entspricht, dass Pumpspeicherkraftwerke sowohl als Einspeiser als auch Entnehmer hinsichtlich der jeweiligen Zahlungsverpflichtungen für „Netzentgelte“ zu qualifizieren sind. Mit der Frage, ob das Netznutzungsentgelt-Privileg (niedriger Tarif bzw. einheitlicher Tarif für alle Netzbereiche) dem Gesetz entspricht, hat sich der Verfassungsgerichtshof in diesem Erkenntnis nicht auseinander gesetzt.

Wörtlich heißt es im Erkenntnis:

„Gründe, warum dieses – im Vergleich zu den sonst in § 4 Abs. 1 festgesetzten Netznutzungsentgelten – in seiner konkreten Ausgestaltung den in § 51 Abs. 1 El-WOG 2010 vorgegebenen Kriterien für die Bestimmung der Systemnutzungsentgelte widersprechen würde, bringt das antragstellende Gericht nicht vor. Es beschränkt sich vielmehr auf den Vorwurf, es sei unsachlich, Pumpspeicherkraftwerke in der gleichen Höhe wie sonstige Endkunden, die anders als Pumpspeicherkraftwerke tatsächlich einen Verbrauch aufweisen, zu belasten. Dies ist aber ausweislich der Regelung des § 4 Abs. 1 Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 nicht der Fall“.

Der Verfassungsgerichtshof hält dazu ausdrücklich fest, dass er in einem auf Antrag eingeleiteten Verfahren zur Prüfung der Gesetzmäßigkeit einer Verordnung auf die Erörterung der geltend gemachten Bedenken beschränkt ist (zB. VfSlg. 11.580/1987, 14.044/1995, 16.674/2002). Er hat sohin ausschließlich zu beurteilen, ob die angefochtene Verordnung aus den in der Begründung des Antrags dargelegten Gründen gesetzwidrig ist (VfSlg. 15.644/1999, 17.222/2004).

Das Netznutzungsentgelt- Privileg für Pumpspeicherkraftwerke gemäß § 5 Abs. 1 Z 8 wirft überdies eine Rechtsfrage nach dem europäischen Beihilfenrecht im AEUV auf. Es könnte sich hierbei nämlich um eine staatliche Beihilfe nach den beihilferechtlichen Bestimmungen im AEUV handeln (Art. 108).

Die Betreiber von Pumpspeicherkraftwerken nehmen nämlich auf unterschiedliche Weisen am Strommarkt teil:

1. Am Day-ahead-Markt können sie einerseits die Lieferung von Energie zu Zeiten hohen Leistungsbedarfs anbieten und andererseits Pumpstrom in Schwachlastzeiten einkaufen. In beiden Fällen richtet sich der Handel ausschließlich nach Angebot und Nachfrage, wie sie für den Folgetag erwartet werden.

2. Zusätzlich kann der Betreiber auch am Markt für Regelenergie auftreten. Der Betreiber kann entweder positive Regelleistung anbieten (beispielsweise für den Fall, dass plötzlich ein anderes Kraftwerk ausfällt) oder auch negative Regelleistung, als eine Reduktion der Einspeisung oder eine Aufnahme von Pumpstrom für den Fall eines unvorhergesehenen Stromüberschusses.

Mit der Einräumung eines Netznutzungsentgelt-Privileg erhalten die Betreiber von Pumpspeicherkraftwerken einen Wettbewerbsvorteil, der anderen Erzeugern (etwa erdgasbefeuerten KWK-Anlagen), die ebenfalls am Markt für Regelenergie anbieten, nicht gewährt wird. Die Betreiber von Pumpspeicherkraftwerken müssen nämlich auch dann nur den Netznutzungstarif gemäß § 5 Abs. 1 Z. 8 entrichten, wenn sie am Day-ahead-Markt zu Pumpzwecken elektrische Energie kaufen.

In den Erläuterungen zum gegenständlichen Verordnungsentwurf – dies gilt überdies auch für die Erläuterungen zu den Systemnutzungsentgelte-Verordnungen der Vergangenheit – finden sich keinerlei Anhaltspunkte, ob die Regulierungskommission der E-Control sich mit dieser Rechtsfrage auseinander gesetzt hat oder nicht. Sollte dies der Fall gewesen sein, wäre in den Erläuterungen zu begründen, warum es sich beim Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke um keine staatliche Beihilfe handelt.

Abschließend darf noch darauf hingewiesen werden, dass nach der Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, veröffentlicht im Amtsblatt am 19.7.2016, C 262/1, diese Bekanntmachung ausschließlich den Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV betrifft. Diese Mitteilung und die darin festgelegten Rechtsansichten müssen sowohl die Kommission als auch die nationalen Behörden (einschließlich der nationalen Gerichte), im konkreten Fall wäre dies die Regulierungskommission der E-Control, im Zusammenhang mit der Anmeldepflicht und dem Durchführungsverbot nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV anwenden bzw. ihren Entscheidungen zu Grunde legen.

Die Bekanntmachung der Kommission enthält jedoch keine Erläuterungen zur Vereinbarkeit staatlicher Beihilfen mit dem Binnenmarkt nach Artikel 107 Absätze 2 und 3 und Artikel 106 Absatz 2 AEUV. Die Vereinbarkeit einer staatlichen Beihilfe mit

dem Unionsrecht ist ausschließlich von der Kommission zu prüfen, der eine staatliche Beihilfe vor ihrer Einführung zwecks Prüfung mitzuteilen ist.

2. Entwurf einer Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte- Verordnung 2013 – Novelle 2018, GSNE-VO 2013 – Novelle 2018):

Der vorliegende Vorschlag zur Änderung der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013, insbesondere die neuen Tarife für die Nutzung des Verteilernetzes, werden zur Kenntnis genommen. Dies mit der Begründung, weil die Tarife in Wien für das Kalenderjahr 2018 im Vergleich zum Kalenderjahr 2017 sinken werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass – wie den Erläuterungen zu entnehmen ist – im Kalenderjahr 2016 im Vergleich zu den Kalenderjahren 2014 und 2015 deutlich mehr Erdgas von den Endverbrauchern bezogen wurde. Für einen Musterkunden der Netzebene 3 (15.000 kWh) beträgt die Senkung minus 8,9 Prozent. Dies wirkt sich positiv sowohl auf die Kosten von Haushaltskunden als auch von Unternehmen aus und wird daher aus volkswirtschaftlicher Sicht begrüßt.

Auch die Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen der WIEN ENERGIE GmbH dürften und müssten von der beabsichtigten Senkung der Tarife profitieren. Das Ausmaß der Senkung der Netznutzungsentgelte für die Gaskraftwerke kann jedoch nicht ermittelt werden, weil die Darstellung in den Erläuterungen für einen Musterkunden der Netzebene 2 für die Anlagen der WIEN ENERGIE GmbH nicht repräsentativ ist.

Mittelbar werden von den neuen niedrigeren „Netz-Tarifen“ auch die Fernwärmekunden der WIEN ENERGIE GmbH profitieren. Dies ist ebenfalls zu begrüßen.

Festgehalten werden muss, dass die Höhe der neuen Tarife auch im Fall der vorliegenden Verordnung keiner Überprüfung unterzogen werden können, weil die gesamten Kosten für die Netze nicht veröffentlicht sind. Dies ist zwar zu bedauern, ist jedoch durch die geltende Gesetzeslage gedeckt.

Schlussendlich sei noch darauf hingewiesen, dass die Senkung der Tarife sich auf das Wiener Budget auswirken könnte. Insofern ist die Aussage im Vorblatt, das die

neue Verordnung keine Auswirkungen auf die Landesbudgets hat, nicht ganz korrekt. Die Berechnung der Wr. Gebrauchsabgabe hängt von den Einnahmen der Verteilernetzbetreiber ab (vgl. § 10 Wr. Gebrauchsabgabegesetz – GAG). Ob diese spezielle Rechtslage in absoluten Zahlen überhaupt und in welchem Ausmaß zu Mindereinnahmen bei der Gebrauchsabgabe, die von den WIENER NETZEN GmbH als Erdgasverteilternetzbetreiber abzuführen sind, führt, hängt letztlich vor allem von der Entwicklung des gesamten Erdgasverbrauchs im Kalenderjahr 2018 ab. Abschließend muss jedoch festgehalten, dass sowohl eine Erhöhung als auch eine Senkung der Einnahmen unter dem Titel „Gebrauchsabgabe“ als systemimmanent zu bezeichnen sind.

Referent:
Mag. Klaus Oblasser
☎ 4000-89937

Mit freundlichen Grüßen
Für die Landesregierung:
Dr.ⁱⁿ Cordula Donner



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Information zur Prüfung des elektronischen Siegels
bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter:
<https://www.wien.gv.at/amtssignatur>

ergeht an:

-) Energie-Control Austria, per E-Mail: tarife@e-control.at

nachrichtlich an:

-) MD-K
-) Büro der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke – Stabstelle Energiestrategie
-) Magistratsabteilung 5
-) Magistratsabteilung 20
-) Wiener Stadtwerke Holding AG – Generaldirektion
-) Wien Energie GmbH
-) Wiener Netze GmbH
-) Wiener Linien GmbH & Co KG